

**Zeitschrift:** Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =  
Gazetta militare svizzera

**Band:** 78=98 (1932)

**Heft:** 7

**Artikel:** Gaskrieg im schweizerischen Nationalrat

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-10824>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Dem Leben, den Erscheinungen der Wirklichkeit soll die Psychologie gerecht werden. Das eine hat der Krieg gelehrt: Am ersten Mobilmachungstage kann nicht mehr allzu viel geschehen. Die Menschen müssen, so wie sie sind, hingenommen und für ihre Aufgabe verwandt werden. Es ist die Rasse, die bestehen muss, es ist der Geist des Volkes, der sich behaupten soll. Dann wird das Dichterwort, dem ein so tiefer Sinn unterliegt, Wahrheit sein:

«Nach dem Gesetz, nach dem Du angetreten,  
So wirst Du sein, Dir kannst Du nicht entfliehen.» (Goethe.)

---

### **Gaskrieg im schweizerischen Nationalrat.**

-gg-. Vorgängig der Aufstellung des eidgenössischen Haushaltsbudgets durch die Räte in der Dezembersession, wird im Juni jeweilen ein Teil der Militärausgaben verabschiedet. Es handelt sich um die Kriegsmaterialkredite, die vorweg genommen werden müssen aus praktischen Erwägungen. Wenn diese auch erst in der Generaldebatte im Winter bewilligt würden, so wäre es nicht mehr möglich die Aufträge rechtzeitig auszugeben, resp. auszuführen. Bisher war das eine Angelegenheit, die nach kurzer Beratung, meist ohne Diskussion und ohne in der Öffentlichkeit Aufsehen zu erregen aus Abschied und Traktanden gelegt werden konnte. Rotfront stimmte geschlossen dagegen, die gesamte bürgerliche Front geschlossen dafür. Damit Basta. Im Jahre 1932 war es anders und wir erlebten eine ergiebige Aussprache, welche in der Geschichte unseres Parlamentarismus als «*Gasmasken-Debatte*» fortleben wird. Die Herausbildung dieser Stichmarke zeigt, dass über das Gesamtthema «*Kriegsmaterialkredite*» gar nicht verhandelt wurde. Gefordert wurden vom Bundesrat 18,5 Millionen Franken, davon 1,3 für die Beschaffung von Gasmasken. Im Kreuzfeuer stand also nur ein ganz kleiner Prozentsatz. Es ist klar, dass nicht um den Geldeswert gestritten wurde, sondern, dass die geistige Einstellung zum Gasschutzproblem zur Diskussion stand. Hierin liegt die grosse Bedeutung der Parlamentsdebatte. Mit dem Löwenanteil der Summe, d. h. 17,2 Millionen, befasste man sich nicht. Hier verhielt sich der Rat wie wir es oben skizziert haben: Sozialisten und Kommunisten verwarfen das Ganze, das bürgerliche Lager nahm die 17,2 Millionen unangefochten hin. Eine Ausnahme machte nur der Genfer Rochaix, der erklärte, der Gesamtvorlage nicht zustimmen zu können. Trotzdem will er beileibe nicht als Antimilitarist abgestempelt sein.

Die Stellungnahme zu einer Rubrik des Kriegsmaterialbudgets (Gasmaskenkredit) vollzog sich, das ist das Neue, auf andern Trennungslinien als die um die Gesamtvorlage.

Es gab nicht einen klaren und geraden Schnitt zwischen Rotfront und Bürgerfront. Statt der üblichen Kampfebenen stellen wir drei fest: 1. Die Anhänger des bundesrätlichen Standpunktes, der die Ausrüstung sofort an die Hand nehmen, genau genommen, fortsetzen will. 2. Die Befürworter des Antrages Häberlin, der auf eine *zeitliche* Hinausschiebung der Gasmaskenbeschaffung hinausgeht. 3. Die Befürworter der Nichtannahme der ganzen Vorlage, also inklusive Verwerfung der Gasmasken.

Ziffer 3 ist in den obenstehenden Darlegungen bereits behandelt worden. Der Kern der Aussprache formte sich um die Ziffern 1 und 2. Zu Nummer 2 sind auch die Genossen zu rechnen, denn sie wussten, dass ihr Nichteintretensantrag unterliegen würde und sie stellten sich dann naturgemäss praktisch auf den Boden des Antrages Häberlin.

Die Verfechter des Aufschubes bildeten aber keineswegs einen homogenen Block, im Gegenteil, sie stellen eine Vielheit der verschiedensten «Wege, die nach Rom führen» dar. Man kann 8 Untergruppen oder Nuancierungen der Gasmaskenopposition zusammenstellen.

Da ist einmal der Antragsteller Dr. med. *Häberlin*, schweizerischer Delegierter an der Abrüstungskonferenz, gewesener Präsident der schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund, ein glühender Pazifist und Völkerbundspolitiker, der fest an die der Genfer Liga übertragene Mission glaubt. Häberlin, dessen Handeln von seltenem idealistischem Schwung getragen ist, lehnt aber die Landesverteidigung keineswegs ab und er hat betont, dass er bisher für alle Armeekredite eingestanden sei. Wir wissen zwar, dass er vor einiger Zeit die Flugzeugvorlage als «Aufrüstung» stigmatisiert hat. Wenn aber der Ersatz veralteter Werkzeuge durch zeitgemässe odiose Aufrüstung ist, so hätte man nach H. unsere Armee nie modernisieren können, sie würde noch heute mit Spiess und Hellebarde bewehrt sein. Praktische Denkart überwiegt also bei ihm das Theoretisieren nicht. Aus idealem Pazifismus heraus hat Häberlin seinen Antrag gestellt. Das Begehren des Bundesrates beweise, dass er in das *Verbot des Gas- und Bakterienkrieges* (Genfer Protokoll von 1925) kein Vertrauen habe, dieses eigentlich nur gut für Friedenszeiten halte. Man müsse weiter folgern, dass die Schweiz an der Zuverlässigkeit der Unterschriften jener Nationen, insbesondere der benachbarten, welche das Protokoll unterschrieben, zweifle. «Ist das erlaubt, ist das gerechtfertigt, klug und weise in dem Momente wo internationale Abkommen bestehen und besonders, da

die Abrüstungskonferenz tagt, und wo jeder Fortschritt gebunden ist an die Vertragstreue der Mitglieder des Völkerbundes und an die Heiligkeit der Verträge? Persönlich bin ich der Meinung, dass ein solches Misstrauen ein schweres Unrecht bedeuten kann und nicht einmal in Erwägung gezogen werden darf, wenn nicht die Grundlagen aller internationalen Verträge, Handels- und Zollverträge eingeschlossen, erschüttert werden sollen. Ich mache darauf aufmerksam, dass ein solches Verfahren bedeutet, dass die Schweiz den Gaskrieg trotz allem anerkennt und mit ihm rechnet. Wir müssen aber alles vermeiden, was in dieser Beziehung zu Missdeutungen Anlass geben kann.» Der Redner verwies sodann auf die Bestrebungen der Abrüstungskonferenz, die Genfer Konvention von 1925 zu erweitern. Er verlangte Strafsanktionen für «internationale Verbrechen», d. h. für die Verletzungen internationaler Abkommen. Diese sollten als Bestandteile den nationalen Gesetzgebungen einverleibt werden, damit sie ebenso heilig gehalten werden wie die letztern. — Wie man sieht, stützt sich der Redner ganz auf vage Zukunftsmusik und glaubt so felsenfest daran, dass er darüber die rauhe Wirklichkeit und die sich ergebenden Folgerungen vergisst und die praktischen Notwendigkeiten der nationalen Gesetzgebung übersieht.

Der zweite Opponent, welcher von völkerbundspolitischen Erwägungen ausging, war der Basler Liberalkonservative *Dr. Oeri*, der angesehenste Aussenpolitiker in der schweizerischen Presse. Er hat denn auch, er, der von keinem sentimentalen Pazifismus angekränkt ist, von Häberlin Distanz genommen. Er erklärte, nachdem der Bundesrat sich so lange Zeit genommen habe für die Vorlage, so dürfe der Rat sich auch noch mit einer Verschiebung befassen. Das «Verdienst», den Antrag gefördert zu haben, falle den Pazifisten und Antimilitaristen zu, welche das Volk so lange mit der Lehre von der Ohnmacht unserer Landesverteidigung «ergelstert» hätten, dass der Bundesrat ganz folgerichtig reagierte und sich sagte, wir wollen gegen die Gefahren tun, was wir vermögen, um Beruhigung zu schaffen. Aber politisch sei die Vorlage fatal, sie kompromittiere unsere Stellung zum Völkerbund und zur internationalen Zusammenarbeit. Das Schweizervolk habe das Parlament auf die Völkerbundspolitik festgelegt. Diese Politik sollten wir als gute Schweizer und Demokraten treiben. Die Zickzackpolitik sei die einzig schlechte. Diese machen wir nun gegen Art. 8 des Völkerbundsvertrages, welcher die Abrüstung fordert und durch die Desavouierung des Giftgaskrieg-Verbotes. Wir erklären: Das ist ein Schwindel und wir richten uns darnach ein. Man kann nicht von Unschicklichkeit gegenüber Genf reden. es geht um die Politik. Die Meinung, das Schweizervolk habe die hehre Mission, der Welt ein gutes Beispiel zu geben, hält Oeri für ver-

stiegen. Es solle aber auch kein schlechtes Beispiel geben. Das tun wir, wenn wir mitten in den Genfer Verhandlungen schon mit einem absoluten Misserfolg, ja mit der Unwahrhaftigkeit rechnen. Eventuell wird mit den Giftgasen nicht abgefahren, aber dieses Verhängnis soll ohne unsere Mitwirkung kommen. Dann aber ziehen wir die Konsequenzen und setzen nächstes Jahr dafür die doppelte, ja dreifache Rate oder mehr als heuer für Gasmasken in das Militärbudget ein. Vielleicht braucht man auch kein Jahr zu warten, aber immerhin solange, bis man einen richtigen Eindruck von den Abrüstungsbestrebungen erhält. Man soll das Risiko, das ein Verschiebungsbeschluss seitens der Verteidiger der Armee, bestehend in einem unrichtigen Urteil im Volke, welches uns vielleicht alles anhängt, was törichterweise gegen die Landesverteidigung gesagt wird, auf sich nehmen. Die Gewissensprüfung sagt uns, dass die Vorlage angesichts der Genfer Verhältnisse noch nicht zur Entscheidung reif ist.

Man wird sofort anerkennen, dass diese Argumentation viel mehr festen Grund unter den Füßen hat. An irgendwelche nebelhafte Völkerbundsallmacht wird nicht geglaubt. Der Chefredakteur der «Basler Nachrichten» steht mit beiden Füßen, ohne Einschränkung, auf dem Boden der Landesverteidigung. Mit ihm haben zahlreiche andere Parlamentarier argumentiert, besonders auch freisinnige und katholisch-konservative. In der Angelegenheit war bekanntlich nur die bäuerliche Gruppe einstimmig. Dieser Standpunkt von Dr. Oeri hat zur Evidenz aufgedeckt, dass *materiell* in der ganzen Aussprache *sehr wenig* auf dem Spiel stand. Das ganze Bürgertum stand im Prinzip geschlossen für den Gasschutz ein, nur der *Zeitpunkt* war umstritten. Dabei hatte es die Meinung, dass die Hinausschiebung höchstens ein Jahr dauern sollte. Nur aus dem materiell geringen Wert, der im Feuer stand, ist es zu erklären, dass die Opposition auch im bürgerlichen Lager so gross wurde und man die *Verschiebung* verantworten wollte. Man wird zugeben, dass eine solche bestimmt kein Landesunglück bedeutet hätte und noch weniger einen Einbruch in den Willen, das schweizerische Volksheer kriegstüchtig zu erhalten.

Eine dritte Gruppe der Widersacher, die auf ganz andern Wegen zur Verschiebung kam, bildete jene um den Luzerner Obersten *L. F. Meyer*. Er deckte sofort das unehrliche Spiel der Linksopposition auf, die darauf ausgeht, durch eine unerhörte Propaganda und Aufbausung der Gaskriegwirkungen dem Volke weis zu machen, dass alle Abwehr unnütz ist, um so den Wehrwillen zu unterminieren. Dann führte er aus: Unsere Armee ist so gut wie 1914 in der Lage unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen unter zwei Voraussetzungen, dass erstens die Armee so ausgerüstet ist, um dem neuzeitlichen Kampf

gewachsen zu sein und zweitens die Armee beseelt ist von dem unerschütterlichen Willen zur Selbstverteidigung, von Liebe und Treue zu Heimat und Freiheit. Er wandte sich auch gegen die These, die den Rat in der Weise in zwei Lager spalten will, dass, wer gegen den sofortigen Gasschutz ist, gegen die Landesverteidigung sei und umgekehrt. Wenn man mit solchen Argumenten militärische Fragen behandeln wolle, so höre die sachliche Beratung auf. Er betonte dann, der Bundesrat habe sich acht Jahre ausbedungen, um endgültig zu entscheiden, der Rat habe die Vorlage vor drei Wochen bekommen. Es sei recht, wenn er sich auch Zeit ausbedinge. «Wenn die Sache aber dringend, die Kriegsgefahr nahe und der Bundesrat sicher ist, dass dabei der Gaskrieg unvermeidlich kommt, dann wird es Pflicht des Bundesrates — und da appelliere ich an die Verantwortung —, dass er alle Mittel gegenüber dem Gaskrieg in Vorschlag bringt, dass er sich nicht begnügt mit der rein passiven Abwehr mit den Gasmasken, sondern die wichtigsten offensiven und aktiven Abwehrmittel dem Parlament zur Beschlussfassung unterbreitet, namentlich die Schaffung von Batterien für die Fliegerabwehr und vor allem auch die Neubewaffnung der Artillerie mit weittragenden Geschützen, die geeignet sind, auf grosse Distanz mit Gasgranaten zu wirken. Wenn der Bundesrat der Meinung ist, dass wir mit dem Gaskrieg rechnen müssen, darf er sich nicht mit halben Massnahmen begnügen. — Gerade darum wollen wir abwarten, was in Genf geschieht. — Wenn der Gaskrieg abgeschafft wird, dann können wir die 18 Millionen nutzbringender für die Armee anwenden, für jene neuen Ausrüstungsgegenstände, die unerlässlich sind. — Wenn aber die Konferenz keine befriedigenden Ergebnisse erzielt, dann dürfen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben, wie der Bundesrat es jetzt tut, dann muss die ganze Armee auf einmal mit Gasmasken ausgerüstet werden. — Halbheiten sind in der Landesverteidigung unerträglich. — Ist der Gaskrieg unvermeidlich, dann her mit den grössern Krediten, es geht dann für die Landesverteidigung oder keine mehr.»

Und nun der Einzelgänger *Rochaix*, Einzelgänger im Parlament, der aber doch einen Teil des bürgerlichen Pazifismus versinnbildlicht. Er arbeitet sofort mit Uebertreibungen und behauptet, dass das Militärdepartement keine ernstesten Anstrengungen gemacht habe zum Sparen. Das angesichts der Tatsache, dass 6 Departemente die Budgetsummen im Jahre 1931 überstiegen. Eine Ausnahme macht das Militär, das volle 1.1 Millionen unter den bewilligten Krediten blieb. Bundesrat Minger erklärte überdies, dass schon in den Departementsberatungen der Kriegsmaterialkredit von 1933 um fast 3 Millionen gekürzt wurde. Aber *Rochaix* ist ein «Hans Guck in die Luft». «Recon-

naissons avec lui (gemeint ist Bundespräsident Motta) qu'il y a quelque chose de changé dans le monde et qu'il faut avoir de la confiance, de la foi.» — Er focht dann auch mit der These der Linken, dass eine ernsthafte Verteidigung nicht in Frage komme, und verstieg sich zu der lächerlichen Ansicht, dass man auch die Tiere mit Masken versehen müsste, weil ohne das die Sache nur halb wäre. Ferner sieht der Genfer keinen plausiblen Grund für irgend eine Macht, dass sie die Schweiz «erobern» müsste. Sodann wäre es unglücklich, wenn wir eine neue Kriegsindustrie entwickeln würden. Er kann die Verantwortung nicht übernehmen, dem Volke eine Sicherheit vorzumalen, die illusorisch ist. Die Vorlage kompromittiere die Schweiz in den internationalen Kreisen. «La situation de la Suisse dans le monde nous fait un devoir de nous engager dans le chemin de l'espérance et non dans celui du désespoir.» Da hätten wir den Politiker, der im internationalen Nebel, den er für die nahe Verständigung hält, vollkommen «vergast» wurde und nur unhaltbare Fantasien ausbrütet.

Diese Mentalität ähnelt in vielem der nun zu besprechenden Gruppe der *Verleugner der Landesverteidigung*, die aber in vier Untergruppen zu scheiden ist. Diese äusserliche Spaltung zeigt natürlich die innern Widersprüche der revolutionären Elemente auf, die noch nie so krass an den Tag traten wie in der Gasmaskendebatte. Diese Widersprüche sind doppelter Natur. Einmal wirken sie in der Auffassung der Genossen gegenüber der Landesverteidigung an sich und sodann decken sie Klüfte in den Auffassungen bei der Linken selbst auf.

Eine Untergruppe ist vertreten durch den Präsidenten der sozialistischen Gruppe der Bundesversammlung, *Dr. A. Schmid*, aus dem Aargau. Dieser steht auf dem Boden, dass es der Schweiz unmöglich ist, sich je so auszurüsten, dass auch eine noch so geringfügige Abwehr erzielt werden kann. Er ist einer der fantasiebegabtesten Schilderer der Gaskriegschrecken. Er hat viel Literatur antimilitaristischer Autoren zur Verfügung, stützt sich auch auf Wissenschaftler, so besonders auf die Berner Chemikerin und Privatdozentin *Woker*, die aber in Fachkreisen nicht ernst genommen wird und der man vorhält, dass sie ihrer politischen Einstellung zuliebe die Wissenschaft biegt.

Dann stellt der Redner aber doch mit andern Genossen das Postulat, es sei die Vorlage als ungenügend zu erklären; der Bundesrat sei zu beauftragen, eine neue, den Gasschutz der gesamten Armee und der Zivilbevölkerung umfassende Vorlage einzubringen. Kann man sich eine grössere Konfusion ausmalen, wenn man noch bedenkt, dass Schmid sagte, seine Partei hätte nicht die geringste Hoffnung, dass die Abrüstungskonferenz etwas bringe, bürgerliche Regierungen könnten das nicht. An die

Abschaffung des Krieges glaubt man nicht, aber man ist gegen den Schutz der Grenzen; man erklärt, es gebe keine Möglichkeit des Gasschutzes und verlangt eine viel weiter gehende Vorlage als die «Militaristen». Und solche Wirrköpfe werden von 240,000 Schweizern ernst genommen und nach Bern entsandt.

Zu der gleichen Nüance gehört der Bieler Stadtpräsident *Müller*, der erklärte, die Landesverteidigung habe sich nicht bewähren können von 1914—1918, weil sie nie auf eine ernste Probe gestellt wurde. So etwas sagt ein Volksvertreter angesichts der Tatsache, dass uns nur der Respekt vor der Armee vor dem furchtbaren Schicksal bewahrt hat, Kriegsschauplatz zu werden. Kann man sich eine ernstere und zugleich schönere Belastungsprobe vorstellen? Müller scheint nichts zu wissen von den Verhandlungen Sprechers mit den Kriegführenden, von den Einmarschgelüsten hüben und drüben. Nur das Vertrauen der einzelnen Parteien in die Kraft der schweizerischen Armee, einen Ueberfall aufzuhalten und so den Kriegführenden einen sichern Flankenschutz zu gewähren, hat uns vor einer Invasion bewahrt. Aber derartige Wahrheiten passen nicht in das Rezept bornierter Antimilitaristen.

Der dritte im Bunde der extremen Defaitisten, die aber nicht das vorkehren wollen, was wenigstens in unsern Kräften steht, ist der Rheinfelder Arzt *Wetti*, der Bruder des kommunistischen Nationalrates, der erklärte, die Gasmaskenanschaffung sei nichts anderes als eine bessere Spielerei!

Andere Genossen stehen ganz anderswo, sie glauben an den Völkerbund, die Abrüstungskonferenz usw. und wollen daher nichts von «Aufrüstung» wissen. Dazu gehört *Dr. Perret*, der Direktor des neuenburgischen Technikums in Le Locle, ein sehr gebildeter und gemässigter Mann. Er operiert mit der internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit, die in allen Ländern Sektionen hat, antimilitaristisch eingestellt und sozialistisch geleitet ist, was viele bürgerliche Schweizerfrauen nicht hindert, sich unter ihre Fittiche zu begeben. Diese Liga hat sich stets gegen Militärkredite ausgesprochen. Dann fährt er enthusiastisch fort: «Genève, c'est toujours la grande espérance du monde. — Au moment, où le sort du monde se décide à Genève, prouvons à toutes les nations que la Suisse, en renonçant à une dépense militaire, fait un pas résolu dans la voie de la paix . . .». Perret gehört zu den Naiven, die annehmen, was die Schweiz vorkehre, mache im Ausland irgend welchen Eindruck und habe Auswirkungen. Gegen diese Ueberheblichkeit musste schon oft ein so glühender Anhänger des Völkerbundes wie Bundespräsident Motta Front machen.



Noch exaltiertere Töne schlug Nationalrat Canova aus Chur an. «Im Zeichen des Völkerbundes, wo alle Völker sich bewusst sind, dass der Krieg ein Verbrechen ist, wo alle Völker es laut und deutlich sagen und wo sie mit gutem Willen durch ihre Vertreter suchen, einen Weg zum ewigen Frieden zu finden, heute noch rechnen Sie mit einem noch ungeheuerlicheren Kriege, wie wir ihn uns kaum vorstellen können. Das heisst, jeden Glauben an die Menschheit verlieren.» Dann erklärte er, kein Volk hätte das *Recht*, uns mit Krieg zu überziehen. «Wenn wir uns verhalten, wie es menschenwürdig ist und wie wir uns als Volk seit Jahrhunderten verhalten haben — wir haben nie Anlass gegeben, uns anzugreifen —, so dürfen wir annehmen, dass kein Nachbarvolk so gemein und verbrecherisch ist, dass es sich in Zukunft anders verhalten wird.» Vom Jahre 1798 steht offenbar nichts im Geschichtsbuch von Canova, nichts von 1799, da die Schweiz der Kriegsschauplatz fremder Heere war. Er sieht und weiss offenbar auch nicht, dass allerdings kein Volk das «Recht» hat uns anzugreifen, vielleicht nicht einmal den Willen dazu besitzt, dass aber eine wehrlose Schweiz eine Gefahr für die Kriegführenden darstellt, indem der Gegner über schweizerisches, *unverteidigtes* Gebiet in den Rücken fallen könnte. Dass ein Generalstab, um dem vorzubeugen, *gezwungen* werden könnte, das Prävenire zu spielen und dem Gegner zuvorzukommen. Bei Rot braucht man offenbar nicht zu wissen, dass hier die grösste militärische Gefahr für die Schweiz liegt und sie deshalb so lange gerüstet bleiben muss, als die Grossmächte nicht abgerüstet haben. Den kindlichen Glauben Canovas, dass sich dies in Genf vorbereite, können wir nicht teilen.

Die Kommunisten gingen wieder in militaristische Fanfarenstösse über. Der Schaffhauser *Bringolf* freut sich der Rüstungen. Heute sind die Armeen noch da, um den kapitalistischen Staat und seine herrschende Klasse nach innen und nach aussen zu verteidigen. Aber eines Tages werden die Arbeiter und die Bauern sich einigen und das Instrument umkehren, um ihre bisherigen Peiniger zu vernichten. — Höchst sonderbar! Die schweizerische Armee besteht zu 90 Prozent aus Arbeitern und Bauern und diese sind so dumm, ihre eigenen Ausbeuter zu verteidigen! Es geht reichlich lange, bis sie merken, was sie zu tun haben. Aber vermutlich entdecken sie das (im Bringolfschen Sinne) nie!

Die letzte Nüance in der Opponentengruppe verkörperte der St. Galler Advokat *Dr. Huber*, der klügste Kopf der sozialistischen Gruppe, der dem Tribunen Grimm taktisch und an Wissen weit überlegen ist, sein erklärter Gegenspieler. Er benutzte einmal die Gelegenheit, um seinen Parteifreunden von der bolschewisierenden Flanke einige Wahrheiten zu sagen. «Ich bin nicht der

Meinung, dass Krieg oder Nichtkrieg identisch sei mit Sozialismus oder Nichtsozialismus. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass das Problem des Krieges sich nicht einfach in der Art erledigen lässt: Sozialismus gleich Friede, Nichtsozialismus gleich Krieg, die Sozialisten sind dagegen, die Bürgerlichen dafür. — Ich gebe ohne weiteres zu, dass in der sozialistischen Partei auch noch Leute sind, die, wie Bringolf heute deutlich sagte, nur gegen die Armee *dieses* Staates sind. Sie möchten den andern die militärischen Machtmittel verweigern, aber für sich selbst in Anspruch nehmen. Darum lehne ich jene Formulierung ab, sowohl gegenüber den bürgerlichen Gegnern als meinen parteigenössischen Freunden, welche die Sache so darstellen wollen, als ob der Sozialdemokrat «natürlich» gegen alle Rüstungsbewilligungen sei, solange er nicht in der Mehrheit ist, und der Bürgerliche ebenso «natürlich» für alle Rüstungen, solange der Staat in seiner Hand sei. Solange wir nicht über diesen Standpunkt hinauskommen in allen Lagern, so lange tragen wir die moralische Verantwortung für den Krieg. . . .»

Das ist einmal deutlich, und jene bürgerlichen Pazifisten, die mit den Genossen liebäugeln, weil sie vorgeben, die einzigen wahren Friedensfreunde und Abrüstungspropagandisten zu sein, mögen sich ihren Vers machen. Der klügste Kopf der schweizerischen Sozialdemokratie hat der Mehrheit seiner eigenen Partei die Maske der Friedfertigkeit unsanft gelüftet. Man wird dieses Zeugnis noch oft brauchen können.

Dann schlug Huber auch ganz andere Töne als seine Genossen gegenüber der Gasvorlage an. Er ist der geistige Urheber des Postulates, das einen eingehenden Bericht des Bundesrates über den gesamten Gasschutz für Zivil und Militär fordert. «Ich bin nicht entschlossen, jeden Kredit für Gasschutz abzulehnen. Ich kann mir vorstellen, dass man uns Vorlagen bringen wird, die besonders bezüglich des Gasschutzes der Zivilbevölkerung derart überzeugend sind, dass ich erkläre — selbst dann, wenn die Schweiz sogar abrüsten wird —, es ist mit der Möglichkeit eines Uebergriffes zu rechnen, die Leute sollten gesichert werden, und infolgedessen ist ein Kredit für den Gasschutz zu bewilligen.»

Im Gegensatz zu den Bürgerkriegsstrategen, die erklären, es gibt keinen Schutz, macht Huber in diesem Defaitismus nicht mit und glaubt an die Möglichkeit der Verteidigung. Nur will er Armee *und* Zivilbevölkerung schützen, weil das eine oder das andere nicht viel nütze. Die Vorlage lehnt Huber ab, weil sie ihm zu wenig umfassend ist. Aus seinem Votum geht aber doch zwischen den Zeilen hervor, dass er im Gegensatz zu seinen Genossen, die Verantwortung, die Soldaten ohne Gasschutz zu

lassen, nicht tragen kann. Diese Aeusserungen gehören zu jenen in der roten Partei, die auf die Revision der Politik gegenüber der Landesverteidigung hin tendieren.

Und nun die *Befürworter* der Vorlage. Nur drei Redner standen auf, von denen zwei eigentlich nur Fraktionserklärungen abgaben. *Schüpbach* erklärte namens der Freisinnigen, dass sie je und je, alter Tradition gemäss, alles tun werden, um die Soldaten zu schützen und die Armee kriegstüchtig zu erhalten. Wenn sich eine Mehrheit für die Verschiebung ausgesprochen habe, so tue das keinen Abbruch. Einmal habe man Zeit, noch die Genfer Verhandlungen weiter spielen zu lassen, und zweitens hätte man vom Bundesrat etwas eingehendere Auskunft über die technische Seite des Gasschutzes erwartet. Aehnlich sprach der katholisch-konservative Gruppenpräsident *Walther*, der nicht namens der einstimmigen Fraktion Zustimmung beantragen konnte. Er hob besonders das Moment der Verantwortlichkeit hervor, das keinen Aufschub dulde. Einzig der Sprecher der Bauern, *Reichling*, hatte die Ehre, einen einstimmigen Antrag zu verteidigen. Er holte auch noch weiter aus und sagte gegenüber dem Antragsteller Häberlin, er sei inkonsequent; denn wenn er wirklich Vertrauen in die internationalen Abmachungen hätte, so würde er den Nichteintretensantrag stellen, nicht bloss den der Verschiebung, der materiell Zustimmung enthalte.

Bundesrat *Minger* blieb es in der Hauptsache überlassen, die Vorlage zu verteidigen. Er tat dies in seiner knappen, ruhig und einfach überlegenden, gesunden Erdgeruch verbreitenden Art. Er wies auf die entsetzlichen Lücken in den Materialbeständen hin und erklärte, es wäre sehr notwendig, dass über den Weg der Notstandskredite zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 15—20 Millionen für die Auffüllung der Bestände bewilligt würden. Zu den internationalen Abkommen äusserte er, dass sie wohl eine gewisse Sicherheit bieten, aber keine absolute Garantie, wie die Kriegserfahrungen zeigen. Das Genfer Protokoll könnte zu Beginn eines Krieges einige Wochen halten, aber später wohl nicht mehr. Wenn ein einziger Staat es verletzen würde, fiel es für alle dahin. Dann für die Notwendigkeit der Kriegsbereitschaft eintretend: «Wir dürfen nie vergessen, dass in einem europäischen Kriege die Invasionsgefahr für unser Land bestimmt wird durch das Mass der Sicherungsvorkehren, die wir zur Erhaltung der Neutralität getroffen haben. — Wenn wir unser Land schutzlos der Gefahr des Gaskrieges preisgäben, so läge hierin für kriegführende Nachbarstaaten eine grosse Versuchung, die schweizerische Neutralität zu missachten und die schweizerische Armee zu überfallen. — Unsere Aufgabe besteht nicht in erster Linie darin, den Kampf mit einer Grossmacht aufzunehmen, sondern unsere Nachbarstaaten zu veranlassen, die schweizerische

Neutralität zu respektieren. Das wird der Fall sein, wenn sie wissen und überzeugt sind, dass die schweizerischen Militärflugzeuge stark genug sind, um einen ernsthaften Widerstand bereiten zu können. Wenn diese Voraussetzungen zutreffen, wird man auch die Neutralität in der Luft respektieren.»

Der Redner widerlegte dann die Einwände, besonders von Häberlin, dass technisch nicht alles versucht worden sei, was nur möglich ist. Auch in dieser Hinsicht ist das Verhalten Häberlins sonderbar. Er verlangte einfach eine bessere technische Abklärung, ohne sich etwa vorher die Mühe genommen zu haben, sich darüber zu informieren, was vorgekehrt wurde, um zu dem heute bestehenden guten Resultat zu kommen.

Dann frischte Bundesrat Minger den Parlamentariern das Gedächtnis auf, die nicht wussten, was seit 1924 beschlossen worden war, nicht wussten, dass es sich gar nicht um den ersten, sondern den dritten Gasmaskenkredit handelt. In der Botschaft des Bundesrates von 1924 heisst es: «Da müssen wir uns so einrichten, dass wir uns gegen einen allfälligen Gasangriff verteidigen können. — Die Massnahmen, die in bezug auf die Organisation zu treffen sind, schlagen wir vor, dem Bundesrat zu übertragen.» Der bundesrätliche Sprecher betonte dann, dass man 1930 schon 690,000 Fr. ohne Widerspruch für die Gasmasken bewilligte, 1931 wiederum 970,000 Fr., weshalb der Bundesrat es nicht für nötig fand, wiederum eine lange Botschaft auszuarbeiten, da man nicht etwas Grundsätzliches zu beschliessen habe, sondern auf Vorhandenem aufbaue. Er konnte erklären, dass das schweizerische Maskenmodell imstande sei, alle bekannten Giftgase, inklusive das heftigste, das Blaukreuz, zu neutralisieren, dass man mit der Haltbarkeit der Maske sehr gute Erfahrungen mache, dass solche von 1916 noch sehr gute Dienste leisten. Das Verantwortungsgefühl, das den Bundesrat leitete und ihm keinen Aufschub erlaubte, obschon er auch schwere Hemmungen zu überwinden hatte, belegte Herr Minger mit einem Zeugnis der militärischen Sparkommission: «Die Ausrüstung der Armee mit Gasmasken geht mit einer unverständlichen Langsamkeit vor sich. Wir haben allerdings nach Einsparungen zu suchen, aber das soll uns nicht hindern, auf diese Sache mit ganz besonderem Nachdruck hinzuweisen. Im Jahre 1915 erfolgte der erste Gasangriff grossen Stiles und die ganze Militärwelt erkannte, dass Gasmasken nötig seien. Solange nicht jeder Kombattant gegen Gas ausgerüstet ist und die nötigen Reserven zur Verfügung stehen, ist von Kriegsbereitschaft, auch elementarster Art, kaum zu sprechen. Die grossen Summen aller Militärausgaben wären durch diese Disharmonie wertlos gemacht für den Moment der Gefahr. Unserer Kommission ist es unverständlich, wie lange unser Parlament, die Behörden und

die höchsten Kommandanten einen solchen Zustand mitmachen und vor dem Volk verantworten können, wo man doch immer und immer wieder mit lauter Stimme auf die für unsere Verhältnisse notwendige Kriegsbereitschaft hinweist.» Minger: Das ist eine etwas scharfe, aber nur zu berechtigte Kritik.

Er legte dann noch die Gründe auseinander, warum nicht auf einmal die ganze Armee mit Gasmasken bewehrt werden soll. Das ist einmal die Rücksicht auf die Finanzen; dann hat die etappenweise Ausrüstung den Vorteil, dass nicht alle Bestände auf einmal veralten, und die Herstellung kommt bedeutend billiger. Ferner ist auch keine unmittelbare Kriegsgefahr da. Aber man richtet sich doch so ein, dass bei einer schlimmen Wendung der Lage die Fabrikation beschleunigt werden kann, die Lieferanten sind verpflichtet, immer genügend Rohstoffe auf Lager zu halten, um die Massenherstellung zu sichern.

Schliesslich lehnte der Sprecher noch die These ab, man brüskiere irgendwelche internationale Empfindungen oder Verhandlungen. In Genf verhandelt man über die Abschaffung offensiver Kriegsinstrumente. Die Gasmaske ist ein rein defensives, und wenn die Schweiz diese einführt oder nicht einführt, so ändert das an der Sachlage keinen Deut. Nicht ohne Sarkasmus hörten die Verschieber, der psychologische Moment für militärische Kredite sei überhaupt nie da!?

Ganz zum Schluss rollte Bundesrat Minger die Verantwortungsfrage auf und erklärte, dass, wenn die Räte dem Antrag der Landesregierung nicht folgen, diese die Verantwortung auf das Parlament abwälze. Er machte damit reinen Tisch, und das mag manchen bewogen haben, doch für die sofortige Gewährung des Gasmaskenkredites zu stimmen, statt ihn hinauszuschieben.

Der Ausgang der langen Debatte ist durch die Tagespresse bekannt geworden. Man fand es für angebracht, den grossen Apparat der namentlichen Abstimmung in Szene zu setzen, da jeder einzeln aufgerufen wird und so mit seinem Votum behaftet werden kann. Dieser Namensaufruf erfolgte an der falschen Stelle, nämlich beim Entscheid über *Eintreten* oder *Nichteintreten* auf die ganze Vorlage betreffend Kriegsmaterialkredite pro 1933, von denen 17,2 Millionen, wie gesagt, soweit es das bürgerliche Lager betrifft (immer Rochaix ausgenommen), unbesritten waren, während der Kampf um die Seelen, wenn man so sagen kann, nur um die 1,3 Millionen für die Gasmasken ging. Die Ausmarchung war damit auf ein falsches Geleise geschoben und die Fragestellung so: gegen oder für die Landesverteidigung?; denn wer die Gesamtheit der Kredite ablehnte, nahm unbedingt gegen die Landesverteidigung Stellung. Das haben aber nicht alle ge-

merkt, und deshalb haben fünf Freisinnige gegen Eintreten gestimmt, denen es nicht einfällt, die Materialkredite zu verweigern. Hingegen hat der Antragsteller auf Verschiebung der Gasmaskenanschaffung, Häberlin, die Situation erfasst und mit Ja gestimmt, was ganz folgerichtig war, obschon ein Teil seiner Kollegen hämisch lachte. Der Namensaufruf hätte eben beim Verschiebungsantrag erfolgen sollen. Der Vorsprung der Ja wäre sicher noch etwas grösser geworden, als er herauskam (82 gegen 73). Bei der kollektiven Ausmittlung geht man schön unter im Haufen.

---

*Offener Feind ist besser, denn zweideutiger Freund.*

*Sind deine Feinde eins, so nimm den Bogen in die Hand.*

---

*„Unruhe und Nervosität der Kommandanten sind die grössten Feinde, die eine Truppe haben kann; sie ruinieren diese oft schon, bevor sie noch den Gegner gesehen hat.“* v. Horsetzky.

---

*„Es ist wahrscheinlich, dass man sich in der Zukunft wie in der Vergangenheit in den grossen strategischen Operationen und den grossen Schlachten-Kombinationen den Sieg durch dieselben Grundsätze sichern wird, die ihn an die Fahnen der grossen Feldherren aller Jahrhunderte, Alexanders, Cäsars sowohl, wie Friedrichs II. und Napoleons I. gefesselt haben.“* Jomini

---

*L'esprit d'offensive a sa source au cœur.* Castaing.

*Avoir du cœur, c'est aller de l'avant.* Castaing.

## MITTEILUNGEN

**Aargauische Offiziersgesellschaft.** Die Aarg. Offiziersgesellschaft hielt am 22. Mai ihre Jahresversammlung in Wohlen unter dem Vorsitz von Major H. Irmiger, Kdt. Füs. Bat. 56, ab. Nach Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung wurde als neue Vorortssektion die Offiziersgesellschaft Lenzburg und als Kantonalpräsident Major i. Gst. W. Irmiger, Lenzburg, gewählt. Hierauf hielt Major G. Däniker einen äusserst lehrreichen und interessanten Vortrag über «Ein franz. Infanterieregiment im Angriff». In der Diskussion hob Oberst Bircher, Kdt. J. Br. 12, verschiedene taktische und führungstechnische Grundsätze hervor.

**Zeitgemässe Bemerkung** in einem Programm vom Concours hippique. «Der Militärkommissar als Vertreter der Kavalleriewaffe überwacht und kontrolliert alle Springkonkurrenzen, welche nach den Bestimmungen des Militärreglementes durchgeführt werden. Er kontrolliert die Soldaten und Unteroffiziere in bezug auf militärische Haltung und Anzug und den Zustand der